

ARBEITSGEMEINSCHAFT DER KOMMUNALEN LANDESVERBÄNDE



Pressemitteilung



Kiel, 26. Juni 2026

Kommunale Landesverbände ernüchert von der Einigung der MPK mit dem Bundeskanzler – etwas Hoffnung für die Zukunft aber keine Lösung für die aktuellen und strukturellen Probleme der Kommunalfinanzierung

Die kommunalen Landesverbände sehen in der Einigung von Bund und Ländern bei der gestrigen MPK mit dem Bundeskanzler gute Ansätze, um künftige zusätzliche Belastungen der Kommunen durch Bundesgesetze zu vermeiden. Für das aktuelle Rekorddefizit der Kommunen von 30 Milliarden Euro pro Jahr (1,2 Milliarden für die Kommunen in Schleswig-Holstein), das maßgeblich auch durch die Sozialgesetzgebung des Bundes verursacht wird, gibt es allerdings noch keine große Lösung.

"Es ist ein richtiger Schritt, dass der Bund das Prinzip 'Wer bestellt, bezahlt', also die Veranlassungskonnexität, jetzt erstmals für einen großen Teil seiner Gesetzgebung gegenüber Ländern anerkennen will. Ab einer Belastung von 200 Millionen Euro will der Bund künftig 80 Prozent der Kosten gegenüber den Ländern ausgleichen. Die Länder werden damit besser in die Lage versetzt, künftig ihren Verpflichtungen zum Mehrbelastungsausgleich nach der Landesverfassung (Ar. 57 Abs. 2 VerfSH) gegenüber den Kommunen nachzukommen, die einen Ausgleich zu 100 % vorsehen.", erklärten die Geschäftsführer der kommunalen Landesverbände **Marc Ziertmann**, Städteverband Schleswig-Holstein, **Carsten Schreiber**, Schleswig-Holsteinischer Landkreistag und **Thorsten Karstens**, Schleswig-Holsteinischer Gemeindetag.

Die Geschäftsführer sehen allerdings eine systematische Schiefelage darin, dass die Regelung nicht für Steuergesetze gelten soll, die bei den Kommunen für Einnahmeausfälle sorgen.

Ernüchternd musste zur Kenntnis genommen werden, dass nach der MPK die Probleme der Vergangenheit nicht gelöst sind. *„Die Veranlassungskonnexität wirkt nur in die Zukunft und nicht für bereits bestehende Gesetze, die maßgeblich zum Rekorddefizit geführt haben. Außerdem gibt es gibt zwar Willensbekundungen, aber noch keine konkreten Beschlüsse, wie die Kommunen von den hohen Kosten durch Sozialgesetze des Bundes entlastet werden können. Hier bleiben Bund und Länder dringend aufgefordert weitere Lösungen zu finden.“*, erklärten die Geschäftsführer und fordern zeitnah weitere konkrete Entlastungsmaßnahmen zugunsten der kommunalen Ebene, die an den Bund-Länder Verhandlungen bisher nicht beteiligt ist, an.

Deshalb sei es wichtig, dass bei weiteren Reformgesprächen Bund und Ländern sich auf eine neue Aufgabenverteilung und neue Finanzbeziehungen aller staatlichen Ebenen einigen und dass bei diesen Gesprächen die Kommunen gleichberechtigt mit am Tisch sitzen müssen. Zudem wird die Forderung aufrecht erhalten, dass sich Bund und Länder dringend auf eine Soforthilfe für die Kommunen verständigen, die das Problem des kommunalen Defizits von 30 Milliarden Euro angeht. Die kommunalen Haushalte kollabieren, wir haben nicht mehr viel Zeit.

verantwortlich:

Marc Ziertmann (STV SH) – Carsten Schreiber (SH LKT) – Thorsten Karstens (SHGT),